

COP 19 – Rückblick auf den Klimagipfel in Warschau

Ziel des von 11. bis 22. November abgehaltenen Klimagipfels in Polen war es, solide Grundlagen für weitere Verhandlung auf dem Weg zu einem Weltklimaabkommen zu schaffen, das bei der COP 21 in Paris vereinbart und ab 2020 in Kraft treten soll. Die Bilder des verheerenden Tropensturms Haiyan, der einige Tage vor Beginn der Konferenz eine Spur der Verwüstung durch die Philippinen gezogen hatten, waren noch in den Medien präsent und zeigten deutlich, wie sehr gerade die Bevölkerung von Entwicklungs- und Schwellenländern von den möglichen Auswirkungen des Klimawandels in Mitleidenschaft gezogen wird.

Angesichts dieser Eindrücke wäre ein fokussiertes Hinarbeiten auf verbindliche Vereinbarungen zu erwarten gewesen, zumal der Ende September 2013 veröffentlichte 5. Sachstandsbericht des IPCC ([Deutsche Zusammenfassung](#)) zum einen den menschlichen Einfluss auf das derzeitige Klimageschehen nachweisen konnte, zum anderen gute Chancen aufzeigt, dass die Menschheit durch engagiertes Handeln die Erderwärmung unter der angepeilten 2° C-Grenze halten könnte. Bei einem Temperaturanstieg unter dieser Schwelle wären nach heutigem Stand der Wissenschaft die Folgen der Erwärmung beherrschbar und die Gefahr gering, dass sogenannte Kippelemente zu sprunghaften und unumkehrbaren Klimaänderungen führen. ([Info über Kippelemente](#)).

Die Rolle des Gastgeberlandes Polen

Das Gastgeberland Polen war im Vorfeld schon heftiger Kritik ausgesetzt. Als Land, dessen Energieversorgung stark auf Kohle ausgerichtet ist, eilt ihm der Ruf des Blockierers voraus. Eine parallel zum Klimagipfel im polnischen Wirtschaftsministerium abgehaltene Konferenz der „World Coal Association“ sorgte für weitere Verstimmung in NGO-Kreisen. So versuchen die Vertreter der Kohleindustrie, Modernisierungen von Kohlekraftwerken als Klimaschutzmaßnahme zu deklarieren und öffentliche Gelder dafür zu lukrieren – ganz im Gegensatz zum von Klimaschützern erklärten Ziel, alle verfügbaren Mittel in einen Wandel weg von kohlenstoffbasierenden Energieträgern zu investieren.

Erwartungen für die Konferenz

Auch wenn keine großen inhaltlichen Erwartungen an die von der UNFCCC-Generalsekretärin Christiana Figueres und dem polnischen Umweltminister Marcin Korolec geleiteten Verhandlungen gestellt wurden, sollten sie doch der Startschuss für die Ausverhandlung eines Klimaweltabkommens in Paris 2015 sein und einen realistischen Fahrplan für den Weg dorthin festlegen. Dazu müssen die Länder Klimaziele bereits 2014 auf nationaler Ebene vorbereiten und deren Relevanz wissenschaftlich untersuchen, damit diese im Rahmen des Pariser Abkommens in völkerrechtlich verbindliche Zusagen überführt werden können. Dabei ist wichtig möglichst genau darzulegen, in welcher Form diese Verpflichtungen umgesetzt werden und wie die gegenseitige Bewertung erfolgt.

Ein weiterer Diskussionspunkt waren Klimahilfen für Entwicklungsländer, die von den Industrienationen nur unzureichend erfüllt werden. Sind doch sowohl Mittel für Schutzmaßnahmen (Adaptation) als auch zur Behebung konkreter Schäden (Loss and Damage) notwendig. Nach dem Auslaufen der Schnellstartfinanzierung Ende 2012, in der sich die Industriestaaten verpflichtet hatten, 30 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, fehlten klare Zusagen, wie weitere 100 Milliarden US-Dollar bereitgestellt werden sollen.

Ablauf der Konferenz

Die Konferenz war geprägt von unterschiedlichen Vorfällen, die sie gemeinsam mit den schleppend voranschreitenden Verhandlungen nahe an den Rand des Scheiterns brachten:

- In der ersten Verhandlungswoche erklärte Japan seine Klimaziele wegen des Reaktorunglücks in Fukushima für obsolet, man wolle aber am 80% Reduktionsziel bis 2050 weiterhin festhalten.
- Die Verhandlungen wurden von Unstimmigkeiten über die parallel zur COP laufenden Konferenz der Kohleindustrie, bei der auch die UNFCCC-Generalsekretärin als Rednerin vorgesehen war, überschattet.
- In der zweiten Verhandlungswoche wurde der polnische Umweltminister Marcin Korolec abgesetzt und Maciej Grabowski, der als Befürworter von Schiefergasförderungen gilt, trat seine Nachfolge an. Korolec blieb jedoch Präsident des Klimagipfels.
- Am Donnerstag, den 21.11. verließen hunderte Vertreter von NGOs – darunter auch Vertreter der Mitglieder der Allianz Klimagerechtigkeit - aus Protest gegen die stockenden Verhandlungen die Konferenz. Der „Walk out“ lief unter dem Motto „Polluters talk - we walk“.

Nachdem das Konferenzende am Freitag hinausgesetzt wurde, konnte Konferenzpräsident Korolec nach einem Verhandlungsmarathon einen Minimalkonsens verkünden und das Scheitern der Klimakonferenz verhindert werden.

Ergebnisse und Reaktionen auf den Warschauer Klimagipfel

Die meisten Vertreter der NGOs gaben sich enttäuscht über die Ergebnisse der Konferenz. Es hätte sich klar gezeigt, dass es in Klimafragen um den Machterhalt der etablierten auf fossilen Rohstoffen basierende Wirtschaft ginge. Es gibt jedoch auch Stimmen, die meinen, es wären wichtige diplomatische Schritte für weitere Verhandlungen auf dem Weg Richtung Weltklimavertrag gesetzt worden.

Von österreichischen Vertretern wurde mit großem Bedauern die Abwesenheit von Umweltminister Berlakovich betont.

Die Ergebnisse der Verhandlungen:

- 1) Der Waldschutzmechanismus REDD – Reducing Emissions from Deforestation and Degradation wurde verbessert, indem die Bedingungen für den Erhalt von Förderungen definiert wurden und es wurde festgelegt, wie Waldschutz gemessen werden kann.

- 2) Im Bereich von Loss and Damage – Ausgleich von Schäden des Klimawandels - wurde der Warschau-Mechanismus beschlossen, der mit einem „Executive Board“ vertreten sein soll.
- 3) Die ADP –Ad Hoc Working Group on the Durban Platform für Enhanced Action – bestimmt den Fahrplan für den neuen Klimaschutzvertrag in Paris. Die im Vorfeld propagierte Aufforderung Reduktionsziele bekanntzugeben wurde im Beschlusstext eine Einladung bis zum ersten Quartal 2015 Beiträge zu nennen.
- 4) Im beschlossenen „Work Programm on Long-term Finance“ bekennen sich die Industrieländer zu der bereits im Klimagipfel von Cancun festgelegten Verpflichtung die Entwicklungsländer ab 2020 jährlich mit 100 Milliarden US-Dollar zu unterstützen. Wie diese Mittel aufgebracht werden sollen bleibt unklar. Für den Anpassungsfond wurden 100 Millionen Dollar gesammelt, wovon Deutschland 30 Millionen zusagte.
- 5) Der CDM – Clean Development Mechanism ist eine Vereinbarung des Kyoto-Protokolls, der Industrieländern ermöglicht, ein Projekt zur Treibhausgasreduktion in Entwicklungsländern zu finanzieren und sich die Reduktion als eigene gutschreiben zu lassen. Unter diesem Titel wurden besonders Projekte zur Reduktion von Flourkohlenwasserstoffen (HFC-Gase) finanziert, da diese besonders klimaschädlich wirken. Dabei kam es zu zahlreichen Betrugsfällen. In Warschau erfolgte der Beschluss HFC-Projekte nicht mehr im Rahmen des CDM zu finanzieren. Das Vorhaben alle Bestimmungen des CDM zu überprüfen wurde vertagt.
- 6) In den verabschiedeten „Waldanrechnungsregeln“ wird festgelegt, wie Aufforstung und Entwaldung in die Bilanz der Kyoto-Staaten eingerechnet wird.

Verwendete Links:

www.koo.at/fileadmin/download/presse/2013/PA_21_11_13_Klimakonferenz.pdf
www.global2000.at/news
derstandard.at/1381371205686/COP-19-Spannung-wie-Polen-seine-Rolle-als-Gastgeber-interpretiert
germanwatch.org/de/download/8413.pdf
<http://germanwatch.org/de/7734>
info.brot-fuer-die-welt.de/sites/default/files/blog-downloads/cop_19_der_klimagipfel_von_warschau.pdf
www.klimaretter.info/dossiers/klimagipfel-warschau